

2 „Friendly Fire“:⁵ Eine Bestandsaufnahme der deutsch-amerikanischen Beziehungen nach 9/11

„The winter of 2002/2003 was the coldest ever experienced in the most successful transatlantic relationship since the days of the Mayflower“ (Künhardt 2004:1).

Experten auf beiden Seiten des Atlantiks sind sich in den ersten Jahren nach dem 11. September 2001 über die Deterioration der deutsch-amerikanischen Beziehungen erschreckend einig. Diese hätten ihre „besten Tage hinter sich“, befänden sich „at an all time low“ und deshalb in „einer ihrer schwersten Krisen“.⁶ Von einer regelrechten „Fehde“ zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten sprach das amerikanische Cato-Institut.⁷ Helga Haftendorn, renommierte Expertin in Sachen Sicherheitspolitik, diagnostizierte „an increasingly deeper transatlantic divide“.⁸ Andere riefen gleich einen „transatlantic cold war“ aus oder beschworen „the spectre of Atlantic divorce“ – zumindest als Option.⁹

Allerdings herrscht über das Ausmaß und die Tragweite der deutsch-amerikanischen Differenzen keineswegs Übereinstimmung. Sicher, der Eindruck eines sich „auftürmenden Scherbenhaufens“ lässt sich nicht leugnen, die Atmosphäre sei „vergiftet“, so die Wortwahl von Condoleezza Rice und Donald Rumsfeld, Nationale Sicherheitsberaterin und Verteidigungsminister während der ersten Amtszeit des 43. amerikanischen Präsidenten George W. Bush.¹⁰ Manche gehen deshalb schon nicht mehr von einer „Beziehungskrise“ zwischen den USA und der Bundesrepublik aus, sondern erklären die „transatlantische

5 van Ham 2006:34.

6 Bierling 2004:69, Jones 2005:6 und Mielke 2003:17, Risse 2003:9, 15. Ähnlich Hacke 2005:15, vgl. auch Höse/Oppermann 2007:43.

7 Carpenter 2003:1.

8 Haftendorn 2002:1, ähnlich Nye 2000:59.

9 Künhardt 2004:24, Smith 2004:3. Vgl. auch Daalder/Lindsay 2003:17, Daalder/Lindsay 2003a.

10 Schwarz 2003:30. Rice und Rumsfeld zitiert bei Mielke 2003:20. Vgl. auch THE ECONOMIST 26.09.2002.

Epoche“ kurzerhand für „abgeschlossen“. ¹¹ Oder konstatieren lakonisch, wie der NATO-Generalsekretär Lord Robertson, dass „the cold war partnership between Europe and North America ... is death, and has been for some time“. ¹² Andere, wie Stephen Szabo, ausgewiesener Experte für deutsch-amerikanische Geschichte an der Johns Hopkins University, verkünden gleich das „Ende der alten deutsch-amerikanischen Beziehungen“. ¹³ Mit dem traurigen Nachsatz, dieses könne „von keiner Regierung in Berlin oder Washington wieder belebt werden“, eine Rückkehr zu den „good old days“ sei nicht möglich: „Things will never be the same again“. ¹⁴

Trotzdem scheint die Mehrzahl der Analysten und Exegeten weniger pessimistisch zu sein. Karsten Voigt, der langjährige Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, spricht von einer „Phase des Neuanfangs“ und inzwischen wieder „halbwegs stabilisierten“ Beziehungen. ¹⁵ Auch auf der anderen Seite des Atlantiks ist zwar keine Rede mehr von einer „special relationship“ – das Angebot einer „Führungspartnerschaft“ war ja schon seit längerem vom Tisch – dafür aber immerhin noch von einer „most intensive relationship“. ¹⁶ Insgesamt zeigt sich Eberhard Sandschneider, der Leiter des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, nach seiner obligatorischen Durchsicht aktueller Literatur sehr beeindruckt vom „rush to write ... policy papers and a new boom of attempts at talking‘ transatlantic relations back into shape“. ¹⁷ Berufsoptimismus und „Gesundbeterlei“ in Expertenkreisen sei das bestenfalls, bremsst dagegen der Mitherausgeber der ‚Blätter für deutsche und internationale Politik‘, Claus Leggewie, gemeinsam mit dem Geschäftsführer der ‚Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung‘, Harald Müller. Denn: „otherwise they would be out of a job“! ¹⁸

11 Schwarz 2003:22, Schöllgen 2005:6.

12 Robertson 2003.

13 Szabo 2006:91. Vgl. auch Mauer 2004:19, Szabo 2004, ähnlich Sandschneider 2003:7.

14 Szabo 2005:201, Haftendorn 2006:96. Vgl. auch Fisher (2004:30) mit Bezug auf Robert Kagan.

15 Zitiert bei Hacke 2005:10.

16 Janes 2006:119, Bierling 1998:63.

Die Phrase „special relationship“ wird klassischerweise zur Beschreibung der britisch-amerikanischen Verbindung genutzt, kommt aber auch mit Bezug auf die Bundesrepublik relativ häufig vor, vgl.: Fisher 2004:16, 19 und Szabo 2005:201. Zum Angebot einer „partnership in leadership“, die Präsident Bush sen. den Deutschen nach der Wiedervereinigung anbot, siehe: Bierling 1998:61ff., Herzog 1998:3-8, Kühnhardt 2004:28, Joffe 1996:42, Riess 1997, Thies 2004: 5.

17 Sandschneider 2003:1. Als Beispiel für dieses Phänomen vgl. Herzinger 2003.

18 Leggewie 2002:19, Müller 2004a:12.

Zwei Dinge scheinen an den Entwicklungen der letzten Jahre besonders verstörend zu sein: Die Geschwindigkeit, mit denen das transatlantische Verhältnis kippte, und die Heftigkeit und Emotionalität der Auseinandersetzungen. Dabei schien bis kurz nach der Jahrtausendwende die transatlantische Welt vollkommen in Ordnung zu sein, die „wunderbare Freundschaft“ zwischen Deutschen und Amerikanern und „uneingeschränkte Solidarität“ in akuten Krisen eine politische Selbstverständlichkeit mit breiter Zustimmung in der Bevölkerung.¹⁹ Interessanterweise wurde und wird die Freundschaftsmetapher sogar wider besseres Wissen von Vertretern aller Theorieschulen verwendet, was als Indikator für eben jene Selbstverständlichkeit gelten kann. Selbst Condoleezza Rice spricht rückblickend von einer „love affair“ zwischen den beiden Staaten.²⁰ Und Jeffrey Gedmin vom Aspen Institut geht sogar noch weiter und vergleicht Amerikaner und Deutsche mit einem Pärchen, bei dem „nach Jahrzehnten harmonischer Ehe jetzt die Fetzen fliegen“ – nichts Ungewöhnliches, aber unschön, weil in aller Öffentlichkeit.²¹

Letzteres ist ein wichtiges Charakteristikum der Differenzen im Gefolge des Terroranschlags vom 11. September 2001. Denn nahezu alle früheren Auseinandersetzungen zwischen der Bundesrepublik und den USA, und davon gab mit schöner Regelmäßigkeit einige in den letzten 50 Jahren, wurden eher vertraulich, also relativ unbemerkt vom Gros der Staatsbürger und ohne „dauerhafte Verbitterung“ bereinigt – und vor allem ohne die Partnerschaft prinzipiell infrage zu stellen.²²

19 Joffe 1996:39, Voigt 2003:3, Kramer 2003:50, Weidenfeld 2001:2. Vgl. auch: Hacke 2005:12, Leggewie 2002:7f., Johnston 2004:1, Johnston 2005a:425, Heisbourg 2004:120.

Die „uneingeschränkte Solidarität“ verkündete Kanzler Schröder am 12.09.2001 unmittelbar nach dem Terroranschlag auf die Gebäude des World Trade Center. Vgl. dazu: Werz 2005:1, Berendse 2003:335, Katzenstein 2002:7, Haftendorn 2002:4, Leggewie 2002:10, Szabo 2005:186, Schröder 2001, Schröder 2001a.

Über 70 % der Deutschen fanden diese Solidaritätsadresse gut, vor allem die 30–49-jährigen (World Opinion Update in EMNID 1/2 2002). Ein halbes Jahr später stieß diese allerdings schon bei 41 % der Bundesbürger auf Ablehnung (NFO-Infratest 2002).

20 Condoleezza Rice zitiert bei Szabo 2005:191.

Das Zitat stammt aus einem Interview im Dezember 2002. Ähnlich äußerte sich auch der deutsch-amerikanische Historiker Fritz Stern, z.B. in seiner Rede beim Empfang des Nationalpreises am 17.06.2005. Vgl. auch: Kramer 2003:50, Hacke 2005:12, Noelle-Neumann 1995:5, Kagan 2007:433.

21 Gedmin, zitiert von Mielke 2003:22. Vgl. auch Veit 2006:53.

22 Joffe 1996:41. Zu den diversen transatlantischen Krisen inklusive Lösung vgl.: Kissinger 1965, Sherwood 1990, Fisher 2004:19, Bierling 1998:9, Haftendorn 2006:97, Mielke 2003:20, Hacke 2005:12, Baring 2005:187ff., Rudolf 2002, Fehl 2005:29f., Kagan 2002, Nelson 2002, Krell 2003, Asmus/Pollack 2002:14, Szabo 2002, Blinken 2001, Kennedy/Bouton 2002, Pradetto 2002.

Selbst der Hinweis auf die persönlichen Differenzen zwischen Kanzler Schröder und Präsident Bush kann das Ausmaß der „Kaltschnäuzigkeit“ und des „undiplomatischen Gebarens“ im transatlantischen Streit nach 2001 nicht erklären. Denn auch Konrad Adenauer und J. F. Kennedy, Willy Brand und Richard Nixon sowie Jimmy Carter und Helmut Schmidt konnten sich, wie durch die üblichen gut informierten Quellen zu erfahren ist, nicht wirklich leiden.²³

Um die Besonderheiten der Situation zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu erfassen, ist ein Rückblick auf die Entstehungsbedingungen der jüngsten Differenzen angebracht. Der folgende Abschnitt ist daher einer kurzen historischen Rückschau gewidmet.

2.1 Eskalationsanlass und Verlauf

Der Anlass für die Eskalation sowohl im persönlichen Verhältnis zwischen Präsident und Kanzler als auch im Bereich der offiziellen Beziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik und letztlich sogar (Teilen) Europas im „heißen Herbst“ 2002 waren die unterschiedlichen Bewertungen des von der US-Regierung geplanten Irakkrieges.²⁴

Die große Mehrheit der Deutschen hielt diesen für nicht ausreichend begründet und lehnte die in diesem Zusammenhang extensiv genutzte Kreuzzugsrhetorik des amerikanischen Präsidenten kategorisch ab. Drei Viertel der Bundesbürger hielten Buschs Konstruktion einer „Achse des Bösen“ aus Iran, Irak, und Nordkorea für unangemessen, und nur knapp die Hälfte der Deutschen konnte dem Satz vom „monumentale[n] Kampf des Guten gegen das Böse“ zustimmen.²⁵

23 Mielke 2003:20. Vgl. auch: Krell 2003:2, Szabo 2005:191, Janes 2006:12ff., Fehl 2005.

24 Krell 2003:1. Vgl. auch: PEW 24.01.2005:5, Noelle 2005:2, Lewandowsky/Stritzke/Oberauer/Morales 2005. Details bei Woodward 2003 und Woodward 2004.

25 Nass 2001.

Im Vergleich dazu fanden 27 % der Franzosen und 32 % der Briten den Achsenvergleich in Ordnung (PEW 17.4.2002:2, Allensbacher Berichte 21/2001). Vgl. auch: Peterson 2005:455, Szabo 2005:192, Risse 2003:9.

Die Skepsis der Deutschen gegenüber präsidentialer Schwarz-Weiß-Malerei hat Tradition: Als Ronald Reagan in den 80er-Jahren die Sowjetunion als „Reich des Bösen“ titulierte, verurteilten 46 % diese Wortwahl „überwiegend negativ“ oder „sehr negativ“ (Allensbacher Jahrbuch 1984-1992).

Mehr zum Sprachgebrauch des amerikanischen Präsidenten George W. Bush bei Silberstein (2002) und FUW (2008). Eine Zusammenstellung der einschlägigsten Bushzitate nach Spruchdatum sortiert hat die britische Zeitung THE TIMES (2008) ins Internet gestellt.

Das Unwohlsein auf deutscher Seite wuchs, als der amerikanische Präsident in seiner ‚State of the Union‘-Ansprache im Januar 2002 seine Kritiker unter Druck setzte mit der Feststellung „You are either with us or you are with the terrorists“.²⁶

Und da gerade ein äußerst knapper Bundeswahlkampf anließ, dessen Kampagnen nicht auf das klassische Parteiklientel, sondern auf Wechselwähler und damit auf eher emotionsgeladene Themen zugeschnitten waren, griff Kanzlerkandidat Gerhard Schröder das Irakkriegsthema dankbar auf: Man sei für „Abenteuer“ nicht zu haben, eine militärische Unterstützung für die Amerikaner würde es selbst bei einem UN-Mandat nicht geben. Das sei eben der „German Way“, und mit Frankreich sei man sich da übrigens einig.²⁷

Auf der anderen Seite des Atlantiks war man nicht nur von der „Zickigkeit“ der Deutschen unangenehm überrascht, hatte man doch noch gar nicht um Unterstützung gebeten.²⁸ US-Präsident George W. Bush war laut Regierungssprecher „schwer gekränkt“ und „sehr verärgert“.²⁹ Es hieß, Bush und Schröder hätten sich bereits bei einem Treffen im Januar 2002 darauf verständigt, dass der Irakkrieg nicht zum Wahlkampfthema in Deutschland werde. Dies sei bei Bushs Staatsbesuch im Mai 2002 bekräftigt worden, Bush habe zugesagt, bis zum Ende des bundesdeutschen Wahlkampfs keine konkreten Vorbereitungen zu unternehmen. Schröder dagegen sei ungehalten darüber gewesen, dass er nicht über die Entwicklungen in Sachen Irak auf dem Laufenden gehalten wurde und aktuelle Entwicklungen aus den Medien erfahren müsse.³⁰

So verweigerte Gerhard Schröder also „als erster Kanzler in der Geschichte der Bundesrepublik den Vereinigten Staaten von Amerika die Gefolgschaft“. Und selbst Herausforderer Edmund Stoiber, als Kopf der konservativen CDU/CSU-Opposition eher ein klassischer Vertreter des deutschen Atlantizis-

26 Zitiert bei Lazar/Lazar 2004:239.

27 Zur Wortwahl Schröders siehe Szabo 2005:188, Haftendorn 2002:9.

Zur Abstimmung mit Frankreich vgl. Fischer 2011.

Zum Bundeswahlkampf 2002 allgemein vgl.: Wahlreport 2002:7f., Pfetsch/Wehmeier 2002:50, Möller 2003:293, Schmidt-Deguelle 2003:63, Meckel 2003:74, Bajohr 2003:86, Katzenstein 2002:2, Szabo 2005:185, 193, Schöllgen 2005:5, Semetko/Schönbach 2003:54 ff., 65, PEW 10.12.2003:4.

28 Schwarz 2003:28.

29 Mielke 2003:20.

30 Vgl. Jones 2004:4, Gordon/Shapiro 2004:102f., Szabo 2005:186, 188f., 202.

Offiziell allerdings ist über diese Absprachen nichts bekannt geworden, die Informationen darüber entstammen den oft zitierten „wohlunterrichteten Quellen“. Die jeweils eigene Version ist nachzulesen in den Biografien der Beteiligten. Vgl. Bush 2010, Schröder 2007, Fischer 2011.

mus, schloss sich diesem Kurs an und dachte öffentlich darüber nach, die amerikanischen Militärbasen in Deutschland durch Verweigerung der Überflugrechte unbrauchbar zu machen.³¹ Am schlimmsten erwies sich jedoch die verbale Entgleisung der damaligen SPD-Justizministerin Herta Däubler-Gmelin. Wenige Tage vor der Wahl verglich sie in ihrem heimischen Wahlkreis Präsident Bush mit „Adolf Nazi“, indem sie auf die Parallelen einer kriegerischen Außenpolitikstrategie zwecks Ablenkung bei innerstaatlichen Problemen verwies.³² Obwohl das Kanzleramt umgehend mit einem Brief an den Präsidenten reagierte, in dem der Rücktritt der Justizministerin angekündigt wurde, nahm man in Washington die Entschuldigung nicht an. Das sonst obligatorische Gratulationstelefonat zur zweiten Amtszeit Gerhard Schröders unterblieb.³³ Dafür ließ man der neuen Regierung mittels der Frankfurter Allgemeinen Zeitung eine „Geheimbotschaft“ nebst einer Aufgabenliste zukommen, bei deren Erfüllung eine „zweite Chance“ für die deutsch-amerikanischen Beziehungen in Aussicht gestellt wurde.³⁴ Die Bewertung dieses Verhaltens reichen von einem „angemessen“ (US-Historiker und Deutschlandexperte Robert Gerald Livingston) über den Vorwurf von „amateurism“ und „principled provincialism“ (Stephen F. Szabo). Claus Leggewie unter anderem bemängelt amerikanische Doppelstandards, denn schließlich führten Verbalattacken wie die des Verteidigungsministers Rumsfeld auch nicht zu dessen Entlassung.³⁵ Im Ergebnis war das Verhältnis zwischen Schröder und Bush „mortally wounded“, die Situation eskalierte infolgedessen zu einem regelrechten „battle of words“.³⁶

Belege für das Ausmaß der Zerrüttung auf der politischen Ebene lassen sich massenweise finden, an dieser Stelle kann lediglich eine kleine Auswahl exemplarisch wiedergegeben werden. Interessant ist dabei die von beiden Seiten betriebene Instrumentalisierung historisierender Vergleiche.

So wurde der US-Botschafter Daniel Coates, der die Wahlkampfllüren der SPD ungewöhnlich scharf kritisiert hatte, von Außenminister Fischer einbestellt. Ihm wurde unter anderem vorgeworfen, in Zusammenarbeit mit „konservativen Verlagshäusern intensiv an einem demokratischen Regime Change in Berlin“ zu arbeiten. Der damalige SPD-Fraktionschef Ludwig Stiegler verglich ihn mit ei-

31 Schöllgen 2005:5. Vgl. Leggewie 2002:10, Lehmann 2004:34.

32 Mielke 2003:17, Szabo 2005:190, Deggerich 2002.

33 Vgl. Jones 2004:24.

34 Beschreibung von Leggewie (2002:12), es geht um die Ausgabe der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG vom 23.10.2002.

35 Gerald Livingston in einem Beitrag der Deutschen Welle (5.8.2005). Szabo 2005:191, 203, Leggewie 2002:2.

36 Jones 2005:24, Leggewie 2002:2.

nem der unbeliebtesten ehemaligen sowjetischen Botschafter in der DDR, Pjotr Andrejewitsch Abrassimov.³⁷

Condoleezza Rice stellte dem deutschen Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Schneiderhahn, die rhetorische Frage, wer denn nun „der Böse“ für Deutschland sei – „Bush oder Saddam“? Sie riet dem Präsidenten öffentlich, die Deutschen einfach zu „ignorieren“, was vor allem Verteidigungsminister Rumsfeld auf internationalen Zusammenkünften exzessiv beherzigte.³⁸

Die deutschen Reaktionen auf diese und andere Provokationen waren bisig: Man werde nicht gehorsam „strammstehen“ vor den USA. Man sei schließlich, so Außenminister Fischer, „kein Satellitenstaat“.³⁹ Vergleiche von George Bush mit „Caesar Augustus“ und den USA mit dem Römischen Reich zirkulierten sowohl in den Massenmedien als auch in politikwissenschaftlichen Zeitschriften.⁴⁰ Vom damaligen Verteidigungsminister Peter Struck sind die Worte überliefert, er werde „nicht auf Knien rutschen“, um mit den Amerikanern zu sprechen.⁴¹ Selbst Wolfgang Schäuble, Mitglied des Schattenkabinetts der damaligen christdemokratischen Opposition, empörte sich über das Benehmen Rumsfelds seinem deutschen Kollegen Struck gegenüber bei einem Treffen der NATO-Verteidigungsminister in Warschau im September 2002: Das sei nicht die Art, wie Erwachsene miteinander umgingen.⁴² Offensichtlich handelte es sich dabei aber nicht um einen Einzelfall – noch 2008 fühlten sich Vertreter der Bundesrepublik beim NATO-Gipfel in Bukarest von ihren amerikanischen Kollegen „regelrecht gemobbt“.⁴³

Ein weiterer Aufreger mit Langzeitwirkung war die Aufteilung Europas in das gute, „neue“, amerikafreundliche, den Irakkrieg unterstützende und das

37 Leggewie 2002:10.

Die öffentliche Einbestellung eines Botschafters wird in Diplomatenkreisen als „mildeste Form eines unfreundlichen Aktes“ bezeichnet. Zu den Entwicklungen um Botschafter Coates vgl. die Darstellungen bei Fischer (2011:148f.).

38 Backfische/Riecke 2003. O-Ton Rice: „Punish France, ignore Germany, forgive Russia“, zitiert bei Jones (2004:31). Vgl. auch Livingston 2003:35f., van Ham 2006:33.

39 Szabo 2005:195. Vgl. auch: Gedmin 2002:10, Mielke 2003:17f., Szabo 2006:92. Außenminister Joschka Fischer zitiert aus DIE WELT (12.02.2002). Vgl. auch Beste et al. 2002.

40 Szabo 2005:195, ähnlich Mielke 2003:19.

41 Mielke 2003:21.

42 Vgl. Szabo 2005:195.

43 Niels Annen vom Auswärtigen Ausschuss des Bundestages in: DIE ZEIT (11.09.2008).

feindliche „alte“ Europa. Zu letzter Kategorie zählte der im gezielten Austeilen von Spitzen sehr agile Donald Rumsfeld außer Deutschland auch Frankreich.⁴⁴

Sehr schlecht aufgenommen wurde sowohl von den bundesdeutschen Volksvertretern wie von der deutschen Öffentlichkeit, dass von offizieller amerikanischer Seite die „debt of gratitude“ für die Befreiung von der Nazidiktatur und für den amerikanischen Einsatz für die deutsche Wiedervereinigung als Druckmittel bemüht wurde.⁴⁵ Über zwei Drittel der Bundesbürger, mit 83 % vor allem diejenigen mit höherem Bildungsstand, lehnten eine daraus resultierende Pauschalverpflichtung zur Unterstützung der amerikanischen Vorhaben kategorisch ab.⁴⁶ Dies wiederum löste „verächtliche Enttäuschung“ auf der anderen Seite des Atlantiks aus, man empfand das Verhalten der Deutschen als „little less than betrayal“ und gewann den Eindruck, Deutschland reihe sich ein unter die „Feinde Amerikas“. Stimmen wie die des New-York-Times-Kolumnisten und Pulitzerpreisträgers William Safire wurden laut, die sich fragten, ob die Deutschen nicht vielleicht besser die Marshallplanhilfen zurückzahlen sollten.⁴⁷

Und der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger vermutete nicht als Einziger, dass „a kind of anti-Americanism may have become a permanent temptation of German politics“. Für Journalisten und die gesamte bundesdeutsche Öffentlichkeit galten ähnliche Unterstellungen.⁴⁸

Diese Verdächtigung rechtfertigt einen genaueren Blick auf die demoskopisch messbaren Einstellungen der Deutschen gegenüber Amerikanern, den USA, und den deutsch-amerikanischen Beziehungen. Gleiches wird für die Haltung der amerikanischen Bürger den Deutschen, der Bundesrepublik und den transatlantischen Beziehungen gegenüber dargestellt. Ziel ist es, die Tragweite der politischen Auseinandersetzungen einzuschätzen.

44 Lehmann 2004:33, Rubin 2003, Müller 2003:13. Donald Rumsfeld wird zitiert von Mielke (2003:19) und Fisher (2004:22).

45 Jones 2004:3. Vgl. auch Livingston 2003:36, Schwarz 2003:23, Vogel 2003:28.

46 IPOS 2003:4. Die Ablehnungsrate schwankt zwischen 65 % (Hauptschulabsolventen) und 83 % (Abitur).

47 Schwarz 2003:28, van Ham 2006:30f., Suleiman 2005:66. Vgl. auch Livingston 2003:36. Zu William Safire vgl. Mielke (2003:21).

48 Kissinger in THE WASHINGTON POST (30.10.2002:A23). Vgl. auch Szabo 2005:192, Johnston 2005:10, Peterson 2005:449, Fisher 2004:29f., Werz 2005:1f., Jones 2004:24. An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass „Antiamerikanismus“ sehr unterschiedlich definiert und gebraucht wird, z.B. bei Curtis (2004), Ramsay (2005), Diner (2002), Katzenstein (2002), Werz (2005), Mielke (2003:17f.), u.v.m. Die meisten Autoren gehen allerdings nicht davon aus, dass es sich bei der deutschen Haltung gegenüber den Amerikanern um simplen Antiamerikanismus handelt, als Beleg siehe: Szabo 2005:194, Ramsay 2005:29, Risse 2003:6, Krell 2003:7.

2.2 Umfrageergebnisse

Unbestritten ist, dass sowohl Öffentlichkeitsgrad als auch der Modus der transatlantischen Streitkultur tiefe Spuren in der öffentlichen Meinung beider Staaten hinterlassen hat.

Den USA wird in Deutschland im Verhältnis zum Rest der Welt immer noch recht viel Sympathie entgegengebracht, doch diese schmolz in der Präsidentschaftszeit von George W. Bush rapide.

Die Zeitreihen des Instituts für Demoskopie Allensbach belegen, dass der Anteil der Bundesbürger, der die Amerikaner „mag“, im Mai 2005 nur noch 33 % betrug – das ist der niedrigste Wert seit Beginn der Aufzeichnungen 1957 und vermittelt in etwa einen Eindruck von der Tragweite der transatlantischen Auseinandersetzungen. Zum Vergleich: im Juli 2000 waren es noch 41 %, einen Monat nach den Anschlägen vom 11. September 2001 sogar 51 %. Etwas mehr als ein Drittel steht öffentlich zu ihrer Abneigung, und knapp ein Viertel votiert für „unentschieden“ bei dieser Frage.⁴⁹ Aufgrund einer etwas abgewandelten Fragestellung kommt das PEW zwar ebenfalls zu dem Ergebnis, dass die Anzahl der Deutschen, die eine „favorable opinion of the Americans“ haben, im Zeitraum von 2002 bis 2006 zurückgegangen ist, allerdings um nur 4 Prozentpunkte von erfreulichen 70 auf 66 %. Der Anteil derer, die eine sehr positive Meinung von den Amerikanern pflegten, hat sich aber im selben Zeitrahmen von 12 auf 5 % mehr als halbiert. Eine sehr schlechte Meinung von den Amerikanern äußerten maximal 7 % direkt nach Beginn des Irakkrieges, 2007 sind es nur noch 4 %. Vergleicht man die Antworten der Deutschen mit denen anderer Europäer, dann stehen sie den amerikafreundlichen Briten näher als den traditionell sehr kritischen Franzosen.⁵⁰

Ein etwas anderes Bild ergibt sich, wenn nicht nach Amerikanern, sondern nach den Vereinigten Staaten an sich gefragt wird. Die USA waren vor der Jahrtausendwende noch für überwältigende 80 % der Deutschen positiv besetzt – ein Wert, der sogar noch vor den Befragungsergebnissen auf der britischen Insel rangierte. Im Jahr 2006 galt das aber nur noch für kümmerliche 37 %, im Mai 2003 zeitweise sogar nur noch für ein Viertel. Die sehr guten Assoziationen mit den USA sind von 9 % 2002 auf 2 % 2006 abgestürzt, die sehr schlechten im gleichen Zeitraum von 4 auf 14 % gestiegen. Der bisherige Rekord mit Blick auf

49 Vgl. hier die Zeitreihen des Instituts für Demoskopie Allensbach, insbesondere Allensbach (1947-1955), (1956-1957), (1958-1964), (1965-1967), (1968-1973), Allensbacher Jahrbuch (1974-1976), (1976-1977), (1978-1983), (1984-1992), (1993-1997), (1998-2002), (2003-2009), und Noelle 2005:5.

50 Vgl. PEW 13.6.2006:30 und PEW 14.03.2007:3.

sehr negative Einstellungen zu Amerika war mit einem knappen Drittel im März 2003 zu Beginn des Irakkriegs zu verzeichnen. Selbst das Amerikabild des ehemaligen Blockgegners Russland war in dieser Zeit freundlicher als das der Deutschen. Und zum Ende der Amtszeit von Präsodent George W. Bush ist es sogar bei den Franzosen positiver als bei den Bundesbürgern.⁵¹ Insgesamt bewerten die Deutschen die Vereinigten Staaten mit lauwarmen 51° C auf der Thermometerskala der nationalen Verbundenheit – gerade einen Grad wärmer als die russische Föderation. Die Altersgruppe der unter 40-jährigen unterbietet diese gefühlte Temperatur sogar noch um ca. 6° C.⁵²

Diese Umfrageergebnisse scheinen eine Binsenweisheit der Demoskopie zu bestätigen, dass die „Einstellungen zu Ländern durch die Personen geprägt werden, die diese Länder repräsentieren“.⁵³ Präsident Bush kann also als „lightning rod“ für die transatlantischen Verstimmungen gelten, auf den sich der Unmut der Deutschen konzentriert.⁵⁴ Er ist vor Nixon und Reagan der mit Abstand unbeliebteste US-Präsident, was angesichts der positiven Bewertungen seines Vorgängers Clinton stark ins Gewicht fällt.⁵⁵ Über zwei Drittel der Bundesbürger geben an, dass ihre ungünstige Meinung über die Vereinigten Staaten in erster Linie auf „bully Bush“ zurückgeht. Allerdings steigt die Anzahl derjenigen, die ein eher „generelles Problem“ mit den Vereinigten Staaten haben, seit 2003 deutlich an, wenn auch in der Bundesrepublik nicht so stark wie in Großbritannien und Frankreich.⁵⁶ In dieses Bild passt außerdem, dass die Wiederwahl Bushs im Jahre 2004 bei 77 % der Deutschen die Meinung über die USA negativ beeinflusst hat.⁵⁷

Besonders kritisch erweisen sich die Deutschen außerdem bei der Bewertung amerikanischer Außenpolitik. Weniger als 30 % gestehen den Vereinigten

51 Vgl. PEW 2005, PEW 10.12.2003, PIPA June 1998:10, PEW 13.6.2006, PEW 16.3.2004:24., PEW 14.03.2007:2, PEW 04.12.2002:53, Lehmann 2004:33.

52 Vgl. Transatlantic Trends 2005. Vgl. auch Stelzenmüller 2005:65, Szabo 2006:196.

53 Noelle 2005:2.

54 Vgl. PEW 10.12.2003:2. Ähnlich bei Noelle 2005, PEW 18.3.2003:5. Kommentator Charles Krauthammers Diagnose eines „Bush-Derangement-Syndrom“, definiert als „the acute onset of paranoia in otherwise normal people in reaction to the policies, the presidency – nay – the very existence of George W. Bush“ (Krauthammer 2003), lässt sich von den Bewohnern der New York Upper West Side also durchaus auf die Mehrzahl der Bundesbürger übertragen.

55 Vgl. Zeitreihen zur Beliebtheit der amerikanischen Präsidenten in den Allensbacher Jahrbüchern bis 2009. Vgl. auch PEW 16.3.2004. In Sachen Sympathie wird Bush sogar von Vladimir Putin übertroffen (13:16), vgl. Noelle 2005.

56 Czempel 2004:16, PEW 2005.

57 PEW 2005, vgl. auch Ramsay 2005:26.

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen nach 9/11/01

Eine konstruktivistische Synthese

Schnieders, B.

2015, X, 386 S. 5 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-07030-4